

Durchblick

ver.di

5. Jahrgang, Nr. 66; 1. Dezember 2003

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Personalversammlung:

Bei der Mitarbeiterorientierung keine KTQ-Reife

Am 18. November 03 fand die regelmäßige Personalversammlung statt. KTQ, KIS und die neue e.Log standen im Mittelpunkt des Berichtes des Personalratsvorsitzenden Hans Ruge. Seitens ver.di ergriff die Kollegin Natalie Decker das Wort. Durch die Versammlung führte Gerald Weyand.

Wir immer nannte Hans Ruge gleich zu Beginn einige statistische Daten seit der letzten Versammlung am 25.6.03. Es gab 45 Einstellungen, 16 Weiterbeschäftigungen, 22 Höhergruppierungen, 2 Ernennungen, 2 Versetzungen, 15 Änderungen der Arbeitszeit und eine Kündigung während der Probezeit und „bei einer Personalangelegenheit konnten wir uns so wenig einigen, dass wir vor das Verwaltungsgericht in Saarlouis ziehen mussten.“

Einen großen Teil des Berichtes befasste sich mit KTQ. Ruge: „Was die Beteiligten an diesem Prozess geleistet haben, ist einmalig und jeder, der daran mitgewirkt hat, kann stolz sein.“



Dass unsere Mitarbeiter zu großen Leistungen in der Lage sind, haben sie übrigens schon öfter gezeigt, ich erinnere nur an das große Engagement im Zusammenhang mit dem Krankenhausplan, bei Tariffrunden. Wir haben von Anfang an betont, dass QM sehr kritisch gesehen werden muss, weil man solche Prozesse nicht losgelöst von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sehen darf.“ Hans Ruge unterstrich, das es nicht von ungefähr komme, „dass Qualitätsmanagement zu Zeiten eingeführt wird, in denen die Gesundheitsversorgung immer mehr privaten Gewinninteressen unterworfen, der finanzielle Gürtel für die Krankenhäuser enger geschnallt wird, immer mehr Patienten in kürzerer Zeit von weniger und möglichst immer schlechter bezahltem Personal versorgt werden sollen.“



Gleichzeitig müsse man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass durch KTQ Verbesserungen für Patienten und Beschäftigten erreicht worden. Deswegen hätten die Beschäftigten allen Grund, am 4. Dezember um 19.00 Uhr ein Betriebsfest zu feiern. Bei aller berechtigten Freude über das Erreichte vermerkte jedoch der Personalratsvorsitzende kritisch, dass wir in der Kategorie Mitarbeiterorientierung mit 48 % durchgefallen sind. Den Visitoren sei aufgefallen, dass der gelebte Führungsstil nicht dem beschriebenen entspricht.

Im zweiten Teil des Berichtes ging der Perso-

nalrat auf das neue Krankenhausinformationssystem ein. „Diese Umstellung ist eine gigantische Herausforderung für das gesamte Haus, die Verantwortlichen in der EDV und Finanzabteilung sind wahrlich nicht zu beneiden.“ heißt es in dem Tätigkeitsbericht. In diesem Zusammenhang interessiert den Personalrat der Schutz der Beschäftigten, ob als Anwender oder als Patient. Das wird in einer Dienstvereinbarung zu regeln sein.

Die neu gestaltete Cafeteria war ebenfalls Gegenstand des Referates. Die Beschäftigten sind größtenteils zufrieden, obwohl es anfangs

Weiter S. 2:

Fortsetzung von Seite 1:

erheblichen Unmut über die neuen Preise gab und die Warteschlangen. Hans Ruge berichtete: „Wir haben uns zusammen mit Herrn Moliator die Preise für die einzelnen Waren angesehen und festgestellt, dass nichts über dem kalkulierten Selbstkostenpreis an die Beschäftigten verkauft wird. Dort, wo die Preise darüber lagen, z.B. bei heißen Getränken, Suppen, Beilagen, wurden sie wieder abgesenkt, so dass man sagen kann, dass wir nach wie vor gutes Essen zu fairen Preisen bekommen.“ Ein weiterer Schwerpunkt der Personalversammlung befasste sich mit den Auswirkungen des EuGH-Urteils zum Bereitschaftsdienst. Diese Richtlinie ist dahin auszulegen, dass der Bereitschaftsdienst in vollem Umfang Arbeitszeit darstellt. Die EU Richtlinie begrenzt die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 48 Stunden und die tägliche Höchstarbeitszeit auf 13 Stunden, wenn „in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Bereitschaftsdienst fällt“. Ruge klärte auf, dass wir als öffentlich-rechtliches Krankenhaus die EU-Richtlinie sofort umsetzen müssen. Würden wir den Bereitschaftsdienst komplett durch Arbeitszeit ersetzen, bräuchten wir in Sulzbach bei den Ärzten 14,3 zusätzliche Stellen, im Labor 2,8, in der Röntgenabteilung 3,5 und in der Pflege 8,6 Stellen. Umgerechnet in Geld sind das fast 503.000 € Am 3. Dezember trifft sich zum ersten Mal ein Qualitätszirkel, um Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Verwunderung löste die Mitteilung aus, dass unser Krankenhaus per Weisung der Geschäftsführung der Bundesknappschaft der Einkaufs- und Logistik GmbH eLog beigetreten ist. Aber bevor eingespart wird, muss zunächst kräftig gezahlt werden. Monatlich kostet uns die Mitgliedschaft zur eLog 8.800 € das sind im Jahr 105.600 € Fragt sich, ob da nicht Arbeitsplätze in Gefahr sind.

Ferner erläuterte Kollege Ruge noch die anstehende Organisationsreform der Rentenversicherung. Auch über die anstehenden Betriebsausflüge nach Trier wurde informiert. Abschließend erwähnte der Personalrat, dass am 3.1.04 der Privatdozent Dr. Hinnerk Gebhardt die Nachfolge von Dr. Waschke als Chefarzt der Chirurgie antreten wird.

Gewerkschaftssekretärin Natalie Decker referierte über die Hintergründe des Angriffs auf das Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Tarifgemeinschaft der Länder und der Bund haben bereits die Tarifverträge gekündigt, die Bundesknappschaft übrigens noch nicht, aber wenn die Weisung aus Berlin kommt, muss die Knappschaft als bundesunmittelbare Körperschaft des Öffentlichen Rechts auch kündigen. Wird gekündigt, dann haben nur ver.di-Mitglieder einen Anspruch auf diese Gelder. Sie unterliegen dann der so genannten Nachwirkung. Die Kolleginnen und Kollegen wurden zum Kampf für Weihnachts- und Urlaubsgeld aufgefordert. „Dieser Angriff auf unsere Geldbeutel ist nur dann abzuwehren, wenn wir als Beschäftigte uns gemeinsam mit ver.di wehren.“

„Wir haben erst angefangen“

Die Nase voll - ver.di für europaweiten Aktionstag

Weit mehr als 100.000 Menschen haben am 1. November in Berlin gegen den sozialen Kahlschlag von Bundesregierung demonstriert. Bei der zentralen Demonstration im Mai in Berlin waren es noch 10.000 Teilnehmer gewesen. Zu den Veranstaltern gehörten unter anderem das globalisierungskritische Netzwerk Attac, Gliederungen der Gewerkschaften IG Metall, IG BAU und GEW, die PDS sowie der Runde Tisch der Erwerbsloseninitiativen. Viele Gliederungen von ver.di hatten auch zu der Demonstration aufgerufen. Eine Woche vorher beschloss noch der ver.di-Kongress die Teilnahme. Nun wird ein europaweiter Aktionstag vorbereitet.

„Es reicht! Alle gemeinsam gegen den Sozialkahlschlag“ war auf dem Transparent an der Spitze des kilometerlangen Zuges zu lesen. „Stoppt die Talfahrt der Wohlfahrt“, „Für eine ganz andere Politik“ oder „Weg mit der Agenda 2010. Hände weg von der Tarifautonomie“



und „Reformen müssen gerecht sein“ hieß es auf Transparenten und Plakaten.

Im gesamten Zug wehten unzählige Fahnen von ver.di, IG Metall und anderen Gewerkschaften. „So viele Gewerkschafter haben wir lange nicht mehr auf einer Demo gesehen,“ meinte eine Teilnehmerin von attac mit deutlicher Anerkennung in der Stimme. Aber es gab auch reichlich Kritik, meist von Gewerkschaftsmitgliedern, an ihren Organisationen, die ihrer Meinung nach nicht deutlich genug für diese erste bundesweite Demonstration gegen die Gesundheits- und Sozialpolitik der Bundesregierung mobilisiert haben. Namentlich wurde in erster Linie DGB-Chef Michael Sommer genannt, der Straßenproteste und Kundgebungen als „nicht besonders aussichtsreich“ bewertet hatte.

„Die Menschen hier und weltweit haben die Nase voll von der Propaganda im Dienste der Profitsteigerung,“ sagte Ilona Plattner von Attac bei der Abschlusskundgebung am Gendarmenmarkt. Sie kritisierte, dass vor allem Arme, Alte, Arbeitslose und Kranke zur Kasse gebeten werden, während gleichzeitig Spitzensteuersatz und Unternehmenssteuern gesenkt würden. „Rot/Grün ist verantwortlich für das gigantischste Verarmungsprogramm, das dieses Land je gesehen hat. Allerdings besteht kein Zweifel, dass die Opposition in den Startlöchern steht – bereit, dieses Programm rechts zu überholen.“

Bernd Riexinger vom ver.di-Bezirk Stuttgart forderte in seiner Rede eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums: „Wir wollen, dass in einem reichen Land alle Menschen unter sozialen Bedingungen und Würde leben können und nicht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.“ Kollege Riexinger gehörte zu einer Gruppe von Gewerkschaftern, die sich schon im Frühsommer für eine zentrale Aktion der Gewerk-

schaften eingesetzt hatten. Den Aufruf, in dem es hieß „Wir fordern den DGB und seine Einzelgewerkschaften auf, die Proteste gegen Sozialabbau wieder aufzunehmen, zu verstärken und im Herbst eine bundesweite Demonstration vorzubereiten und durchzuführen,“ hatte auch die Unterstützung unseres Betriebsgruppensprechers Michael Quetting gefunden. Auf der Kundgebung betonte Riexinger unter Beifall, dass die Herrschenden keine Ruhe geben werden, „wenn wir ruhig bleiben.“ Deswegen müsse der Protest in die Betriebe getragen werden. Und man müsse ihn aus der nationalen Begrenztheit herausholen. Seine Aussage „Deshalb sind wir für einen europäischen Protesttag im März nächsten Jahres;“ findet auch durch die



ver.dianer im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach Unterstützung.

Auf dem Europäischen Sozialforum am 15. November in Paris demonstrierten erneut 100.000 Menschen. Dort hatten sich an fünf Tagen 50.000 Teilnehmer in 55 Konferenzen, 250 Seminaren und 400 Workshops über alle Fragen des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung diskutiert. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske sprach sich auf dem Forum ebenfalls für einen europaweiten Aktionstag aus. Bsirske: „ver.di wird ernst machen mit der Mobilisierung.“ Er versicherte, dass er dies „zur Angelegenheit der ganzen Organisation machen“ will und verwies darauf, dass der Sozialabbau eine außerparlamentarische Opposition verlangt.

„Das war erst der Anfang, es wird noch viel zu demonstrieren geben,“ prophezeite ein ver.di-Teilnehmer aus dem Saarland. Gerade weil es in den Parlamenten kaum Opposition gegen die Neoliberalen gebe, sei eine breite außerparlamentarische Opposition notwendig, so seine Meinung. Damit steht er nicht allein.

„Der Interessengegensatz wird nicht durch das QM aufgehoben“

Personalrat und ver.di gratulieren zur Spitzenleistung der Beschäftigten

Am Barbaratag, am 4. Dezember, wird unser Krankenhaus das KTQ-Zertifikat als erstes Krankenhaus im Saarland erhalten. Die anderen Krankenhäuser bemühen sich noch um diesen Qualitätsstandard, weil diese Qualitätsbezeichnung die höchste Anerkennung genießt. Es wird akzeptiert von Bundesärztekammer, Deutschem Pflegerat, allen Krankenkassen und den Krankenhausgesellschaften. Zur Zertifikatsübergabe wird viel Prominenz im Haus erwartet. Abends gibt es ein großes Fest für alle Beschäftigten. In einer gemeinsamen Erklärung gratulierten der Personalratsvorsitzende Hans Ruge und der ver.di Betriebsgruppenvorsitzende Michael Quetting den Beschäftigten des Knappschaftskrankenhauses Sulzbach zum hochwertigen Qualitätssiegels nach KTQ®. Diese Erklärung fand in den Medien ihren Widerhall.

Die ver.di Gruppe, die mit ihren Aktionen gegen die Privatisierungen im Gesundheitswesen immer wieder Schlagzeilen macht, hatte sich im Vorfeld klar für ein umfassendes Qualitätsmanagement ausgesprochen, obwohl sie sich bewusst gewesen sei, dass dies die



„zweite Seite des neoliberalen Sozialabbaus ist“, wie Hans Ruge es ausdrückt. Unter Qualität würde seitens der Arbeitgeber häufig lediglich Kostensenkung verstanden, das heißt es würden immer neue Maßstäbe und Anforderungen an die Beschäftigten gestellt und die Kontrolle verstärkt. So gesehen würde oftmals Qualität unter den heutigen Rahmenbedingungen in sein Gegenteil verkehrt werden. Allerdings gelte es auch zu beachten, dass zunehmender Kostendruck zu der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit führe, gewisse Qualitätsstandards zu formulieren, damit nicht alles und jedes lediglich „der Profitlogik untergeordnet“ werde.



„Qualität“, so Ruge, „das ist manchmal ein Unding, wenn wir immer mehr sparen sollen, wenn der Arbeitsstress immer weiter gesteigert wird und wenn an allen Ecken und Kanten privatisiert wird. Qualität, das wäre die notwendige Schaffung von 70 neuen Arbeitsplätzen im Haus, das wäre der Erhalt der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung, die Einführung einer Positivliste und das wäre eine Ausweitung unserer Mitbestimmungsrechte.“

„Qualität kann den Interessen der Patienten und der Beschäftigten dienen. Strukturellen Verbesserungen, zumal solchen zu denen man per Gesetz gezwungen wird, darf man sich nicht entgegenstellen, sondern man muss sie aktiv mitgestalten,“ ergänzt der ver.di-Sprecher Michael Quetting, der sowohl als Mitarbeiter im Qualitätsbüro wie als Personalratsmitglied den Qualitätsprozess aktiv betreibt. Für ihn ist die allgemeine Erkenntnis, mehr Qualität zu sichern und erreichen zu wollen, „auch das Eingeständnis der Regierenden, dass das reine Setzen nur auf die Marktlogik für die Sozialsysteme nicht ausreicht.“ Er betont, dass eine der sechs Kategorien bei KTQ die Mitarbeiterorientierung ist, zu der sich der Arbeitgeber verpflichtet und die auch durch die Visitoren geprüft wurde. Für ihn stellen sich das eingeführte Betriebliche Vorschlagswesen, das Arbeitszeitmodell der internistischen Ärzte und die erheblich verbesserte Transparenz als konkrete Verbesserungen dar. Quetting: „Ganz konkret: es ist doch zum Nutzen der Beschäftigten, dass wir Mängel

bei der betriebsärztlichen Untersuchung aufgedeckt haben, dass wir für die Unterweisungen Regelkreise beschrieben haben, dass wir Leitbild und Führungsgrundsätze wieder mehr ins Bewusstsein gerückt haben.“ Für die Patienten wäre das Beschreiben von Vorgängen, das Fixieren von Geschäftsordnungen das Qualitätshandbuch, das Beschwerdemanagementsystem, die Ergebnisse des Qualitätszirkels zur Sterbebegleitung, das Entlassungsformular, die Einhaltung bestimmter Festlegungen



ebenfalls von erheblichem Vorteil. „Schließlich haben wir ja mehr gearbeitet als nur den Wickeltisch, die Gepäckhilfen, die Patientenbroschüren und die Namensschilder an den Patientenschranken einzuführen. Aber auch das ist doch nicht schlecht.“

„Aber,“ so Ruge, „man könne vom Qualitätsmanagementsystem auch nicht Wunder erwarten. Wir können nicht die Gesetze ändern, wir sind in dieser Funktion keine Gesellschaftsverbesserer, keine Interessenvertreter, quasi der Gewerkschaftersatz, der nun das Paradies auf Erden schafft. Natürlich ist nicht alles eitel Sonnenschein, den Personalrat und die Gewerkschaft brauchen wir weiter. Der Personalrat ist auch kein Comanager. Der Interessengegensatz wird nicht durch das Qualitätsmanagementsystem aufgehoben.“ So vermerkte der engagierte Personalvertreter, dass die erreichte Punktzahl bei der Mitarbeiterorientierung am geringsten sei. „Hier haben wir noch einen erheblichen Handlungsbedarf. Das hatten die Mitarbeiter schon bei der Befragung festgestellt. Und der Visitationsbericht der externen Prüfer bestätigt unsere Sichtweise.“ Michael Quetting betont den Prozesscharakter der Qualitätsarbeit, wichtig sei „sich ständig von gut nach besser zu bewegen. Wir werden nicht stehen bleiben.“

5. Sulzbacher Krankenhaus Gespräch

Frankfurter Soziologin formulierte Gegenposition und entwickelte Alternativen für eine gesunde Reform

Die ver.di Betriebsgruppe hatte gemeinsam mit der Peter-Imandt-Gesellschaft am 19. November Dr. Nadja Rakowitz von der Frankfurter Universität zu Gast. 37 Gäste konnte die Veranstalter in Sulzbach begrüßen. In einem umfangreichen Referat erläuterte die Soziologin eine Gegenposition zur „Großen Koalition der Neoliberalen.“

Das Spannungsverhältnis zwischen Kommerzialisierung und Solidarität im Gesundheitswesen war Gegenstand des Vortrages und der spannenden und sehr differenzierten Diskussion des 5.Sulzbacher Krankenhaus Gesprächs. Dr. Rakowitz zeigte in ihrem Vortrag Alternativen in der Gesundheitspolitik auf, kritisierte die

Marktorientierung und machte deutlich, warum der eingeschlagene Weg scheitern muss.

Schon in seiner Begrüßung hatte Michael Quetting den Gedanken formuliert, dass der Begriff „Alternative“ problematisch sei, da er unterstelle, dass auch der eingeschlagene Weg zumindest ökonomisch sinnvoll sein könnte. Allerdings gelte es auch die gesellschaftliche Praxis zur Kenntnis zu nehmen und zu begreifen,



dass die Defensive der Gewerkschaften nicht ihre Ursache im brutalen Sozialabbau habe, wie manche meinten. Quetting: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es sehr viele Menschen gibt, die den Mythen des Neoliberalismus Glauben schenken. Viel zu wenige Menschen trauen sich die Fähigkeit zu Veränderungen zu -und uns auch nicht. Leider hat die Gewerkschaft Anteil an diesem Zustand.“



Nach Ansicht der Referentin kommt eine Diskussion über die Zukunft des Gesundheitswesens nicht um eine Diskussion über das, was unter dem Sozialen des Sozialstaates verstanden wird, herum. Eine solche Debatte führe unweigerlich an die Grundfragen der Gesellschaft und auch zu Fragen des Inhaltes gewerkschaftlicher Tätigkeit, betonte das ver.di-Mitglied Dr. Nadja Rakowitz.

Impressum:

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di - Fachbereich 03**

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck

V.i.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>



Verstorben: 14.03.2003
Todesursache: Akute Agenda 2010